

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunstr. 6/8, und durch Strohverkäufer zu beziehen. Preis vierteljährlich 12. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 12. 2.50, frei ins Haus 12. 2.92, wo keine Post am Orte. 12. 2.84.

# Volksmacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Belegzeitung des Reichstages  
Besteht aus der vierteljährlichen  
Gesamtausgabe oder besser Name  
28 Pfennige  
für Arbeiter, Handwerker, Bau-  
besitzer, Kleinrentner, Kleinrent-  
er, Kleinrentner, Kleinrentner  
12 Pfennige  
Belegzeitung, Name 28 Pf.

Telephon  
Redaktion 3141.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 15.

Breslau, Mittwoch, den 18. Januar 1911

22. Jahrgang

## Regierungspläne.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wie in einem Tongemälde zwei Motive gegeneinander aufstürzen und eins das andere zu überwältigen trachtet, so kämpfen jetzt in der deutschen Politik zwei Parteien mit einander, die der Umsturzbekämpfung und die der preussischen Wahlreform. Aus der Tiefe tönt, stärker und stärker anschwellend, der Massenchor der Freiheit, sehnsuchtsvolle, leidenschaftliche Stimmen sprechen von dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes, von der Gleichheit aller vor dem Gesetze, von dem Recht der neuen Welt. Hier aber klingen Stimmen des Trostes und des Jornes, untermischt mit Tönen der Verzweiflung und der Angst, sie wollen den anderen Schweigen gebieten, sie rufen zur Sammlung und drohen mit den Waffen. Das sind die Junker, die Konservativen, die um ihr altes Herrenrecht kämpfen. Auf der anderen Seite aber stehen die Arbeiter, die Sozialdemokraten, gleich ihren Gegnern bereit, diesmal den Kampf bis aufs äußerste durchzuführen, die politische Kraftprobe der Wahlrechtsbewegung bis zum Ende durchzuführen. Zwischen beiden in heilloser Verwirrung die breiten bürgerlichen und bäuerlichen Massen des Liberalismus und des Zentrums, Parteien, die von der Unklarheit und von der Unaufrichtigkeit leben, die niemals eine klare Entscheidung wollen, und immer schließlich doch wieder den Chorus der Herren verstärken helfen.

Die Regierung des Herrn v. Bethmann-Sollweg hat am Sonnabend im preussischen Abgeordnetenhaus durch den Minister v. Dallwitz eine Erklärung abgegeben, durch die die preussische Wahlrechtsreform abermals auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Dieselbe Regierung aber, die sich außerstande findet, das Wort des Königs von der „wichtigsten Aufgabe der Gegenwart“ einzulösen, wird getrieben von der fast krankhaften Neigung, in jedes Gesetz, das sie dem Reichstag oder dem Landtag vorlegt, ein kleines Sozialistengesetzchen hineinzuarbeiten. Für sie ist nicht die Wahlreform, sondern die Bekämpfung des Umsturzes durch die Gesetzgebung wichtigste Aufgabe der Gegenwart, der sie sich mit monomander Leidenschaft hingibt.

Dafür liegen aus der allerneuesten Zeit wieder zwei Beispiele vor. Auf der einen Seite plant die Regierung auf dem Umweg der Verschärfung des Beleidigungsparagrafen eine Art Enteignungsgesetz gegen die politische Opposition, auf der anderen Seite soll im Namen der „Jugendpflege“ eine Million preussischer Staatsgelder aufgewendet werden, um die Bestrebungen dieser selben Opposition zu bekämpfen. In beiden Fällen kann man aber jetzt schon sagen: Sollte es der Regierung auch gelingen, die beabsichtigten Aktionen durchzuführen, ihren Zweck würde sie weder in dem einen, noch in dem anderen Falle erreichen.

Es ist gar kein Wunder, daß die beabsichtigte Verschärfung der Beleidigungsstrafen, namentlich die außerordentliche Erhöhung der Geldstrafen, die vom Reichstage in zweiter Lesung infolge einer konservativen Ueberrumpfung debattelos beschlossen wurde, bei der liberalen Presse mehr Beunruhigung hervorgerufen hat, als bei der sozialdemokratischen. Denn wenn die Regierung die Richter finden sollte, die sie zur Ausführung ihres Gesetzes braucht, und wenn es wirklich in Zukunft Geldstrafen von vielen Tausenden regnen sollte, dann werden sich zwar die Kriegskosten der sozialdemokratischen Partei gewaltig erhöhen, es wird ihr aber trotzdem nicht an Mitteln fehlen, den Krieg fortzuführen. Denn die sozialdemokratische Partei und Presse kämpft in einem großen Verbände gegen den Feind, sie vermag daher Lücken, die da oder dort entstehen, immer wieder rasch auszufüllen. Ganz anders ist es bei der liberalen Presse, da ist jedes Blatt ein besonderes kapitalistisches Geschäft, das zugleich mit dem Parteinteresse, oder vielmehr weit vor diesem auch dem Privatinteresse des Unternehmers zu dienen hat. Kommt nun das neue Gesetz zustande, dann wird kein Zeitungsunternehmer der Provinz es mehr wagen, Opposition gegen das Junkerregiment zu machen, aus Furcht, es werde in Beleidigungsprozesse verwickelt und durch hohe Geldstrafen wirtschaftlich ruiniert werden. Die sozialdemokratische Presse aber, die die politische Macht der Arbeiterklasse hinter sich hat, würde sich kein Blatt vor den Mund nehmen. Mit dem antisozialdemokratischen Enteignungsgesetz würde es aus anderen Gründen also genau so gehen, wie mit dem antipolitischen, und die eigentlichen Leidtragenden würden zum Schluß ganz andere Leute sein als die Sozialdemokraten.

Im Interesse der Freiheit, die wir für die ganze Presse, nicht bloß für die sozialdemokratische, programmatisch fordern, ist die geplante Verschärfung der Beleidigungsstrafen auf das äußerste zu verwerfen, als Maßnahme zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, als die sie gedacht ist, ist die geplante Gesetzesänderung ein grotesker Mißgriff und zur Erfolglosigkeit von vornherein verurteilt.

Die Willkürforderung der preussischen Regierung zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendvereine ist gleichgewissermaßen die Erlaubnis zu der im Reichstage beschlossenen Verschärfung der Sozialdemokratie. Auf der einen

Seite will man der sozialdemokratischen Presse ungezählte Tausendmarkcheine abknöpfen, auf der anderen Seite soll eine bare, blanke Million ausgegeben werden „zu Beihilfen für Veranstaltungen Dritter“, die der roten Jugendbewegung das Wasser abgraben sollen. Man will die heranwachsende Jugend des preussischen Volkes zu Knechten und Strafbrechern erziehen. Das der preussische Landtag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung jede zu so edlen Zwecken geforderte Summe mit Surra bewilligt, ist ja geradezu selbstverständlich. Man muß sich beinahe wundern, daß die Regierung so beschiden gewesen ist. Sätte sie statt der Million eine Milliarde verlangt, der Landtag hätte ihr auch die Milliarde bewilligt, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß sie nicht aus Junkers Taschen zu bezahlen ist.

Schon am ersten Tage der Staldebate hat die große Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses ihre Bereitwilligkeit zu gesetzlicher Umsturzbekämpfung zu erkennen gegeben, und Herr Friedberg, der Nationalliberaler, hat sich dabei als einer der besten Kämpfer im Strette erwiesen. Von diesen Leuten erwartet es niemand anders! Von der Wahlreform aber hieß es, es bestehe zurzeit keine Aussicht, sie durchzuführen, da die Zusammensetzung des Hauses dieselbe sei, wie im Vorjahre, und die Gegenstände nach wie vor in aller Schärfe bestünden. So sprach der neue Herr v. Dallwitz, und leise deutete er damit an, daß den Nationalliberalen nach ihrer völligen Unterwerfung unter den Willen der Konservativen vielleicht eine Wahlreform beschied werden könnte, die auf ihre Interessen eine gewisse Rücksicht nimmt. Jrgend etwas, was wie eine Wahlreform aussieht, wird ja später doch einmal gemacht werden müssen, die Regierung will aber dazu ihre Hand erst bieten, wenn die Sammlung der bürgerlichen Parteien unter der reaktionären Fahne vollzogen ist. Dann mag das Volk sehen, wie es zu seinem Rechte kommt.

Auf dem Gebiet der Umsturzbekämpfung herrscht stehhafte Lässigkeit; auf dem der Wahlreform rührt sich nichts, da wird nur heimlich in aller Stille ein neuer Volksvertrag vorbereitet. Und darum ist es notwendig, daß sich das Volk in diesem Punkte wiederholt. Die Handwerker und Arbeiter, die das gleiche Recht in Preußen wollen, müssen wieder einmal zeigen, daß sie da sind. Draußen muß der Freispruch der Massen das würdige Umsturzeschrei der Zeit überlaut werden. Galtten die Arbeiter und alle, die in diesem Kampfe auf die Seite der Arbeiter gehören, nur fest zusammen, dann wird für die Umsturzbekämpfer alles Gutes Mühe vergeblich bleiben, dem Wünsche des Volkes wird aber Erfüllung werden. Her mit dem allgemeinen Wahlrecht in Preußen und fort mit der Junkerherrschaft aus dem ganzen Deutschen Reich!

## Politische Uebersicht.

### Der Patriot wählt — rot!

Herr Felix Kuh, der in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ allwöchentlich seine amüsanten Kapriolen schiebt, hat sich diesmal das obige Thema als Einleitung seiner Phantasterei ausgesucht. Dabei erzählt er folgende schauerbare Geschichte:

Mein Nachbar ist Patriot. Er ist ein Verehrter Bismarck's, dessen Wüste in seinem Arbeitszimmer steht, und obwohl er sonst kein Bücherleser ist, hat er sich doch sofort die neueste Biographie des Reichkanzlers angeschafft. Mein Nachbar ist ebenfalls Monarchist. Bei dem Gedanken, Deutschland könne in eine Republik verandelt werden, überläßt es ihm heiz und kalt. Auch ein fleißiger Streikengänger ist mein Nachbar, dabei ist ihm Religion nicht Form- oder Materie, sondern innerliches Bedürfnis, er ist als ein echter Deutscher ein nachdenklicher Mann, der den Blick gern nach innen wendet und sich nicht leicht vom Gesärr der oberflächlichen Weltbewunderer läßt. Auch ein guter Schlemmer und Familienvater ist mein Nachbar, der seine sechs Erptröhlinge in starrer Zucht hält und jeden Gedanken an eine Lockerung altbewährter Familienbände mit gerechter Entrüstung von sich weist. Er ist ein Mann, der däßeln und drängen auf seinen eigenen Füßen steht. Mein Heim ist meine Burg. Und was den wirtschaftlichen Beruf anlangt, so ist meines Nachbarn Stamm so fest gegründet auf die Bedingungen des heutigen Wirtschaftsordnuns, daß ihm jede Änderung oder Erschütterung der gegenwärtigen Verhältnisse den Nuten hindern würde. So das ist mein Nachbar, ein erhabener Mensch, ein ehrenvoller Bürger, ein nachdenkender Deutscher, der die Ueberzeugung besitzt, daß das deutsche Volk wirtschaftlich und politisch zur Vortrefflichkeit über alle anderen Völker verufen ist.

Mit diesem Nachbar habe ich kürzlich ein oberflächliches Gespräch. Um meine Dinge zu sehen, hat er mich zum Grunde gitt, so an ein Thema, das im vergangenen Sommer beschäftigt war. Was werden die Verhältnisse bei der Revolution sein, wenn die Arbeiter die Herrschaft übernehmen, und die preussische Regierung die Reichsregierung an die Macht bringen wird? Er hat mir die Antwort gegeben, daß die Arbeiter die Herrschaft übernehmen, und die preussische Regierung die Reichsregierung an die Macht bringen wird. Er hat mir die Antwort gegeben, daß die Arbeiter die Herrschaft übernehmen, und die preussische Regierung die Reichsregierung an die Macht bringen wird.

Schritt bereitwillig die Wege ebnet. Triffst dich aber, daß ein Kandidat nach meinem Sinn nicht in Betracht kommt, dann hol's der Teufel, dann wähle ich dieses Mal einen Sozialdemokraten! — Also sprach der Patriot, der Bismarckverehrer, der Monarchist, der brave Familienvater, der ehrsame deutsche Bürger.

Worauf Herr Kuh in die zu erwartende Agonie verfällt und erst durch Zitterung allindischer Mahabarata-Verse wieder zum Leben erwacht. Die Sozialdemokratie wird allem Anschein nach vor bedeutenden Mengen solcher Stimmen bei den nächsten Wahlen verachtet bleiben und auch dem obigen Monarchisten und Bismarckverehrer wünschen wir von Herzen den geeigneten Kandidaten, der das Bestehende zu schätzen weiß, damit er vor der Gewissensbelastung behütet bleibt, aber — welches Urteil bedeutet solch ein Gespräch über die betriebliche Reichsverbandspropaganda, die nun seit Jahren unter Herrn Liebers glorreicher Führung im Lande entfaltet wird! Da stellt man die Sozialdemokraten als waterlandlose Geiellen hin, die den Thron mit Gewalt nürren, die Religion schmähren, die heiligsten Familienbände profanteren und die ganze Welt inklusive Arbeitswilligen und Mittelständlern terrorisieren, da verbreitet man Schmutzblätter in Menge und füttert die Zeitungen mit Sozialistengist, wirft die Sozialdemokraten aus den Kriegervereinen, kündigt die Beamten und kündigt neue Strafgesetze gegen uns an — mit dem Erfolge, daß der gute deutsche Bürger und reliöse Patriot als einzige Rettung aus kapitalistischer Stidkluft und Moberdust den sozialdemokratischen Stimmgittel ansieht!

Wahrlich — eine bessere Satire auf den geistigen Kampf gegen die Sozialdemokratie hätte Herr Kuh nicht schreiben können!

## Die Stimmen der Opposition im Dreiklassenhaufe

Am Montag erklangen im preussischen Dreiklassenhaufe endlich einmal schärfere Oppositionstöne. Schon Herr Wiemer sprach energischer als der laue Friedberg, und das Sündenregister, das Genosse Strödel dem offiziellen Vorursenian vorhielt, war von erquickender Deutlichkeit.

Der Gratulationswunsch der Fortschrittler nahm ich am nächst den frommen Trest vor, der, wie erwähnt, am Sonnabend das Zentrum mit einem Bekenntnis zum Reformisteneide erfreut hatte. Was Wiemer über das konservative Parteiexperiment der Landräte und über die maßhaltendste Justiz sagte, konnte durchweg auch von unserer Seite unterschrieben werden. — Durch Wiemers Angriff veranlaßt, ergriff der Kultusminister erneut das Wort. Er scheint sich inzwischen seine Ausführungen vom Sonnabend etwas überlegt zu haben und zu der Ansicht gelangt zu sein, daß Preußen schließlich denn doch kein Reformstaat des heiligen Stuhles ist. So mühte er denn etwas wie Luthers Jörn und versprach, die Staatsbeamten, die wegen des Reformisteneides mit der katholischen Kirche in Konflikt kommen sollten, gegen Soros und Perry de Vals Ortman zu schützen. Immerhin möchten wir den Betroffenen raten, sich nicht allzu fest auf diesen Schutz zu verlassen. Die Gempel zeigen, daß die Canalzüge höher und höher Herrschaften auch zu Plus X-Zeiten sehr in Mode.

Die Rede des Genossen Strödel nahm ihren Ausgang von der Wahlrechtsfrage, die den Angelpunkt preussischer deutscher Politik bedeutet. In kommenden Worten brandmarkt unser Redner die mißliche Art, mit der das Zentrum diese Angelegenheit behandelt hat. Mit Fronte und Humog behauptete er die schwächliche nationalliberale Raubbauzeit. Im Mittelpunkt der Ausführungen Ströbels standen die Ergebnisse des Reichstages. Den Scharfmachern und die Felle davon gekommen wie betrübten Löwen gerben. Schutz vor Schulheuten, Schutz vor Spitzeln, das sind die Resultate, die objektive Unbefangenheit aus dem Monstreprozeß zu ziehen hätte. Mit der Aufforderung an alle ehrlichen Liberalen, sich im Kampfe gegen die schwarze und die blaue Reaktion mit der Sozialdemokratie zu verbünden, schloß Strödel seine vortrefflichen Ausführungen.

Während Scharfmacher. Es war voraussehen, daß die Scharfmacherpresse über den Gelmarbeiterstag und ihren Verlauf nur wenig Wohlgefallen äußern würde. Es war zu erwarten, daß sie sich etliche liebliche Satirastücke selbst würde. Trostgem wird man überrascht, wenn man folgende Ausführungen der „Volksmacht“ liest:

Wir haben schon einen Kameraden gesehen, der mit 10 Pfennig als politische Mitarbeiter betraut wurde. Mit ihm haben wir schon im Reichstage zu tun gehabt. Er hat uns schon im Reichstage zu tun gehabt. Er hat uns schon im Reichstage zu tun gehabt. Er hat uns schon im Reichstage zu tun gehabt.











# Donnerstag Abend Flugblatt-Verbreitung

in allen Distrikten und Bezirken. Die Flugblätter werden von 6 Uhr Abends an in den Distriktslokalen ausgegeben. Genossen und Genossinnen! Erscheint zahlreich zur nützlichen Parteiarbeit, die nur eine Stunde dauert.

Stellung der sozialistischen Ziele, die den Armen in Stadt und Land erst zum wirklichen, vollwertigen Menschen machen werde. Diese Ziele in immer größerer Nähe zu rücken, diese auch die kommende Reichstagswahl eine gute Gelegenheit. Wer sich jetzt einen Anhänger der Sozialdemokratie nennt, müsse der guten Sache Tag um Tag neue Freunde werben und die Reichstagswahl müsse zeigen, daß der große Gedanke der Brüderlichkeit sich auch auf dem Lande unausföhrbar festsetze. Der Redners Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und die Versammlung mit einem freudigen Hoch auf die einigliche Volkspartei, die Sozialdemokratie, geschlossen. — Mehrere neue Mitglieder zum Sozialdemokratischen Verein und einige Abonnenten für die „Volkswacht“ meldeten sich nach Schluß der Versammlung.

## Der Lohnzettel vor der Schuhmacher-Innung.

Auf der Tagesordnung der Quartalsversammlung, die am Montag im großen Saale des Bierbrauereibesitzers unter Leitung des Obergerichtsrats Schmidt abgehalten wurde, stand der Lohnzettel der Gesellen. Der Referent über diesen Gegenstand teilte mit, daß die Gesellen den am 1. April d. J. ablaufenden Tarifvertrag der Innung beendeten und einen neuen zur Annahme eingereicht haben, der in allen Positionen eine Lohnsteigerung von 30 bis 25 Prozent enthält. Es frage sich, wie die Kollegen sich zu dem Ziele stellen wollen. Die Versammlung vertrat, daß der Tarif verlassen werde. Bei der Erklärung des Referenten über den Lohnzettel der Gesellen in der ersten Klasse 1,50 M., in der zweiten 1,35 M. und in der dritten 1,20 M., erforderte, für dreizehnamalige von 20 bis 6,50 M. ab. Die Meister erklärten, die geforderten Arbeitspreise unumhüllbar zahlen zu können. Die Preise für das Schuhwerk müssen bedeutend erhöht werden und die Erhöhung würde nur Folge haben, daß die Rundschuhmacher mehr als jetzt schon in die Massnahmen getrieben würden. Die Gesellen, die den Tarif angetrieben haben, gewiß in Berlin, Wien und anderen Großstädten gearbeitet, wo solche hohe Löhne erzielt werden, in Breslau hingegen das aber nicht, denn hier habe man nicht die Rundschuhmacher. Ein Meister verlangte, daß der Tarif als unannehmbar abgelehnt und von der Innung ein Tarif aufgestellt wird. Der Altgenosse Schiller erwiderte, es sei sehr merkwürdig, daß die Herren Meister über die Gesellenlöhne so sehr erregt seien. Die Rohmaterialien seien in der letzten Zeit enorm im Preise gestiegen, da hat man aber ohne weiteres gesagt, nur die Arbeiter hätten nicht höhere Löhne fordern. Es sei in Breslau an der Zeit, daß das Schuhmachergewerbe sich hebt. Obergerichtsrat Schmidt teilte nicht die Ansicht, daß der Tarif ohne weiteres abgelehnt und die Gesellen in den Streik getrieben werden. Sie seien der Innung entgegengekommen, indem sie einverstanden, daß der Tarif gemeinschaftlich durchzusetzen werden soll. Die Versammlung gab schließlich ihre Zustimmung, daß Verhandlungen mit der Gesellenschaft abzuhalten sind. In weiteren wurde mitgeteilt, daß die Innung eine Kohlförderer-Gesellschaft gegründet hat. Die Vorteile einer solchen würden den Kollegen vor Augen geführt und sie ersucht, Mittelglieder dazwischen zu werden. Der Anteil pro Mitglied beträgt 20 M., der aber auch in Raten geligt werden kann.

\* Aus der Tischler-Innung. In der am Montag abgehaltenen Versammlung wurden zwei Leihgaben freigegeben und 15 Leihgaben neu aufgenommen. Die Jahreseinnahme der Innung von 1910 betrug 15.018,50 M., die Ausgabe 2011,72 M., Bestand vor 1911 12.401,50 M. Die Innungskontrollkommission veranlagte 10.769,59 M., und veranschlagte 7016,75 M. Der Bestand beträgt nach 3752,81 M., die Bilanzliste endlich hatte eine Einnahme von 2864,80 M. und eine Ausgabe von 12,85 M., Bestand 1652,45 M. Dem Kassieren wurde Entlassung erteilt. Alsdann wurde zur dem gekündigten Lohnzettel Stellung genommen. Diese Forderungen wurden als viel zu hoch und unerfüllbar erachtet. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die vorerst mit der freien Vereinigung der Arbeitergeber zu verhandeln hat. Zu der Kommission gehören die Herren W. H. H. Schick, Dubisch, Horowitz, Pfeiffer, Erck, Großer, Ullrich und Kimbel sen. Obergerichtsrat Bretschneider machte auf die im April stattfindende Ausstellung von Gesellenwerkstätten, wie auch das am 26. d. M. stattfindende Jubiläum der Innungsgesellschaft aufmerksam, und ersuchte die Kollegen, sich daran rege zu beteiligen.

\* Geplan e Straßenpflasterungen. Im Jahre 1911 sollen neu gepflastert werden:

- Mit Granitsteinen auf Beton ober Schotter und mit Fugeneraub:
- 1. Michailowstraße (von Nebenstraße bis Feldmann) für 89.000 M.
- 2. Lehmkuhlenstraße (von Wallstraße bis Dialektischen-Haus) für 46.000 "
- 3. Lehmkuhlenstraße (von Bohnerstraße bis Polje) für 25.000 "
- 4. Kupfersteinstraße (von Oberstraße bis Sauerbrunnen) für 22.800 "
- 5. Treuhänderstraße (von W. W. H. bis Rathhausplatz) für 37.300 "
- 6. Wackerstraße (von Wallstraße bis Anwartschaft) für 19.000 "

- Mit Granitsteinen in Sand mit Fugeneraub:
- 1. Bronnstraße (von Berliner Chaussee bis Reichstraße) für 86.600 "
- 2. Wackerstraße (von Nr. 61 bis 73) für 13.200 "

\* Durch Umlegung des Asphaltbelages und Herstellung von Asphaltflur im Bahndörper am Hing-Damm 45.900.

Zusammen 33.300 M.

Da die Bauverwaltung den Schanderberg, in Zustand der mittleren Margaretenstraße immer noch nicht entbedt zu haben scheint, wird sich ein entsprechender Antrag im Stadtparlament empfehlen.

\* Sozialpolitische Ausgaben. Nach dem Entwurf des Haushaltsplanes für 1911 wird die Stadt Breslau das Komitee für die Kindererziehungskolonien mit einem um 2300 M. höheren Betrag (6000 M. statt bisher 3700 M.) unterstützen. Anregungen in dieser Richtung haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten seit mehreren Jahren gegeben, es scheint dem neuen Stadtrat nun endlich gelangen zu sein, den Magistrat von der Notwendigkeit dieser Ertzählung zu überzeugen. Ebenso ist die Summe, mit welcher der Feuerwehrverein zur Speisung und Bekleidung der Armer in Breslau inbotioniert wird, darunter von 8000 M. auf 12.000 M. erhöht worden. Dem Verein zur Unterstützung armer kranke Kinder inländischen Heilstätten werden 3000 M. statt bisher 1500 M. gewährt, dem Armenpflanzgartenverein 5750 M. gegen bisher 4000 M.

\* Mieten Erhöhungen sind in der städtischen Verwaltung vom 1. April 1911 ab geplant. Nach dem Etat wird der Grundlohn der Arbeiter von 21,00 M. pro Woche auf 22 M. (1), der Endlohn von 23,00 auf 25 M. angehört, indem an Stelle der zweimonatigen Alterszulage eine dreimonatige — von 3 zu 3 Jahren — tritt. Außerdem werden beschloßen sein 27 Arbeiter mit je 25 M. Wochenlohn, 24 mit 24 M., 33 mit 23 M., und 86 mit 22 M.

Für die Arbeiter der Verwaltung sind 1 Pfennig Zulagen zum Stundenlohn vorgesehen. Es sollen also erhalten die Vorarbeiter 34 Pfg. (bisher 33), die Gullyvorarbeiter 26 (bisher 25), die Gullyarbeiter 20 (bisher 19), die Straßenreinigungsarbeiter 28 (bisher 27), die Sprenghütten- und Abreger Arbeiter 30 (bisher 28), die Standrohrarbeiter 28 (bisher 27), die Handwerker 40 (bisher 35 Pfg.). Auch hier soll eine dreimonatige Lohnsteigerung — von 3 zu 3 Jahren — um einen ganzen Pfennig Platz greifen, nur die Handwerker erhalten einmal 2 Pfg. Alterszulage.

In der Gartenverwaltung ist der Lohn einiger Kategorien um geringfügige Beträge nach oben verändert, bei den Arbeitern um 15 bis zu 25 Pfennige täglich, bei den übrigen Klassen um weniger. Doch sind die Arbeiter der Spielplätze und städtischen Parkwälder den Promenadenarbeitern gleichgestellt.

\* Die Kosten der Reichstagswahl 1911 sind im neuen Etat der Stadt Breslau mit 21.000 M. eingelegt. Die Wahl 1907 kostete die Stadt 16.786 M., die Erhöhung ist zu erwarten wegen der Bevölkerungszunahme und der Erziehung der Wähler.

\* Verfügt. Die Wahl des Regierungsdirektors a. D. Dr. Bernhard Grund zum unbelobten Statist in Breslau an Stelle des krankheitsbedingt ausgeschiedenen Stadtkassiers ist beschloßen worden. Die Einbürgerung wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung am Donnerstag, den 28. Januar, erfolgen.

\* Gas-Wandarme in der inneren Stadt. Bei dem starken Verkehr in der Dübener- und Albrechtstraße bilden die auf dem Trottoir stehenden Gasandabläufe ein starkes Hindernis. Der Magistrat beabsichtigt, derhalb, soweit diese Andabläufe nicht durch die elektrische Nachtbeleuchtung überflüssig werden, Wandarme mit Hängegittern mit einem Kostenaufwand von 2000 M. in den genannten Straßen einzuführen. Da aber außerdem 500 schadhafte Laternen für 12.500 M. ersetzt werden sollen (1000 weitere werden folgen) fragt es sich, ob man mit der gleichen Summe nicht auch in anderen Straßen vorgehen kann.

\* Heizung, Lötieren! Die Sektions-Versammlung der Lötierer muß diesmal acht Tage später, also Mittwoch, den 25. Januar, abgehalten werden.

\* Ein Stubenbrand rief die Feuerwehr am Montag Abend gegen 6<sup>1/2</sup> Uhr nach Wackerstraße 34. Dort hatte in einer Wohnung das Kind, während die Mutter sich mit Kleibern hingelegt hatte und schlief, die Lampe umgeworfen und dabei Tisch und Sofa und auch die Kleider der schlafenden Mutter in Brand gesetzt. Das Feuer wurde zwar von Mitbewohnern, des Hauses schon vor Anfuhr der Feuerwehr gelöscht. Wehrmannschaften legten sodann der Frau, die ziemlich schwere Brandwunden davongetragen hatte, einen Verband an; die Frau konnte jedoch nach dem Ueiel des herbeierufenen Arztes in ihrer Wohnung verbleiben, um dort ärztlich behandelt zu werden.

\* Kohlenbiefahl. Von einem Rohwagen, der vor einem Taxen auf der Herzogstraße für kurze Zeit ohne Aufsicht gelassen worden war, ist ein grauer Holzkoffer gestohlen worden, der einen Inhalationsapparat mit großem Glasballon, Gummischlauch und zwei Gummiballölen, ferner eine Reihharmonika, Briefbogen und Briefumschläge, sowie einen Kleiderkasten und verschiedene Hausbedarfsgegenstände enthielt.

\* Gewunden wurden eine Wagentzede, zwei Portemonnaies mit Inhalt, eine Handtasche mit größerem Geldbetrag, ein Geldstück, ein Bincorn, eine Ledermappe, zwei Bund Schlüssel, eine Schüler-Abonnementskarte, ein Leasing, ein Jagdmuff und eine Pelzboa.

## Neueste Nachrichten.

### Ein entsetzlicher Unglücksfall.

Breslau, 17. Januar. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag gegen 6 Uhr in dem Hause Wackerstraße Nr. 52 in Rixdorf. Dort wo die ungefähr fünfjährige alte Wackerstraße in der Wackerstraße mit dem Andabläufen der Wackerstraße beschäftigt. Neben ihr in der Wackerstraße spielte ihr fünfjähriger Sohn Willi mit einem anderen Knaben, der ungefähr ein Jahr älter war. Die Wackerstraße mußte sich für einige Augenblicke aus der Wackerstraße entfernen. Kaum hatte die Mutter sich aus dem Raume entfernt, als der fremde Knabe über den fünfjährigen kleinen Willi herfiel, ihn ergriff und ihn schließlich kopfüber in ein am Boden liegendes Gefäß mit kochendem Wasser warf. Der kleine Willi hatte vorher erklärt er in den Kessel geklettert wurde, laut riefen. In demselben Augenblicke, als er von seinem Spielgefährten in den Kessel geworfen wurde, kam die Mutter des unglücklichen Kindes wieder hinzu, und zog den bewußtlosen Knaben, dessen Körper über und über mit entsetzlichen Brandwunden bedeckt war, aus dem kochenden Wasser heraus. Der Knabe gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Er wurde sofort nach der Unfallstation auf der Steinwegstraße gebracht, wo er die erste Hilfe erhielt. Der Knabe lebt noch; sein Zustand jedoch ist hoffnungslos. Nachdem ihm auf der Unfallstation die erste ärztliche Hilfe zuteil geworden, wurde er nach dem Rixdorfer Krankenhaus Entom gebracht.

### Der Streit der portugiesischen Eisenbahner.

Lissabon, 17. Januar. (S. L. Buz.) Der Streit der Eisenbahner ist als beendet anzusehen. Es wurde gestern nach längeren Verhandlungen zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Vertretern der streikenden Eisenbahner ein Kompromiß geschlossen, das folgende Bedingungen enthält: Alle Angestellten erhalten eine fünfprozentige Lohnsteigerung, so weit sie ein Einkommen von weniger als 240 M. monatlich haben. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden, und zwar auch für tüchtige Arbeiter. Die Angestellten erhalten jeder 30 freie Tage im Jahre bei Fortzahlung ihres Gehaltes. Durch diese Konzessionen ist bei den Gesellschaften eine jährliche Mehrausgabe von reichlich 1.200.000 M. erforderlich. Diese von den Gesellschaften den Streikenden gemachten Konzessionen fanden sehr geteilten Beifall. Ein Teil der streikenden Eisenbahner verweigerte runderweg die Annahme der Bedingungen und hielt die Stationen weiter besetzt. Darüber erhob sich beim Volke große Entrüstung und Erbitterung gegen die Streikenden. Eine große Menge von einigen Tausend Personen drangen gewaltsam in die Stationen ein und zwangen die Streikenden, ihre Wägen zu verlassen. Der internationale Dienst ist heute wieder aufgenommen worden. Heute trifft auch die erste Post aus Deutschland für Lissabon, die aus Deutschland bereits am 9. Januar abgegangen war, in Lissabon ein. — Die Angestellten der Gesellschaft haben nunmehr mit dem gestrigen Tage vollständig ihre Arbeit eingestellt. Man hatte zwar ihre zuerst gestellten Forderungen bewilligt und die Erfüllung derselben in sofortige Aussicht gestellt, aber es war trotzdem alles beim alten geblieben. Ihre Forderungen wurden nicht erfüllt. Man lobte die Streikenden ihre Forderungen und erbot sich, die Forderungen der Lohnforderungen für jetzt erledigt zu haben. In den Reihen der Streikenden hat sich große Erbitterung eingestellt. Ein demobilisierter gehor 21 große Gasfen. Die portugiesische Regierung schied unvorbereitet aus dem Lande. Die portugiesische Regierung schied unvorbereitet aus dem Lande. Die portugiesische Regierung schied unvorbereitet aus dem Lande.

und dem Militär. Nach einem kurzen Feuergefecht waren die Streikenden auseinandergetrieben. Die Truppen verblieben in der Nähe der Gasfen und besetzten auch vorübergehend die Bahnhöfe.

## Blutiger Zusammenstoß zwischen Russen und Chinesen.

Petersburg, 17. Januar. Zwischen Russen und Chinesen ist es zu einem blutigen Zusammenstoß am rechten Ufer des Ner gegenüber Blagowischtschensk gekommen. Auf beiden Seiten gab es mehrere Tote. Hier verlor man den Zwischenfall zu vertuschen. Wie verlautet, haben auch die chinesischen Behörden wiederholt gebot, unter a en Umständen ihre Einmischung zu unterlassen, und sofortige Zwangsweise Entlassung vorzunehmen. Auch diese Forderung wird so gut wie völlig verschwiegen, um die Öffentlichkeit nicht über die zunehmende Spannung in den Beziehungen zum ostasiatischen Nachbar anzuklären.

Büttich, 17. Januar. Der Verband der Erbenarbeiter hielt gestern Abend eine Sitzung, bei welcher die Ergebnisse der Unterredungen zwischen den Arbeiter-Delegierten und den Erben-Direktoren geprüft wurden. Aus dem erstatteten Referat geht hervor, daß auf 8 Punkten Einigungen erzielt wurden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen gemacht wurden. Von 43 Generaldirektoren wurden die neuen Bedingungen angenommen; 6 Direktoren waren abwesend. Angesichts dieser Umstände beschloß der Verband der Streikenden die Fortsetzung des Ausstandes. Man nimmt jedoch an, daß der Ausstand in den nächsten 24 Stunden beendet sein wird. Zu diesem Zwecke werden die Verhandlungen heute fortgesetzt werden. Vor dem Volkshaufe versammelten sich spät Abends mehrere tausend Personen. Nach dem Bestatwerden des Beschlusses des Verbands beschloßen die Tausende die Straßen der Stadt.

Paris, 7. Januar. Eine Automobilroßfelle rannte gestern durch Unachtsamkeit des Lenkers mit solcher Wucht gegen das Geländer der Bischofskirche bei der Notre-Damekirche, daß das Geländer sofort durchbrach und der Wagen aus zehn Meter Höhe in die Seine stürzte. Den beiden Insassen, die sofort an die Wasseroberfläche sich hinaufarbeiten konnten, gelang es, sich so lange über Wasser zu halten, bis sie fast völlig erschöpft und halb erstickt durch ein Boot aufgenommen werden konnten. Eine riesige Menschenmenge hatte sich am Seineufer angesammelt. Der Führer der Automobilroßfelle hatte bei dem Sturz in die Tiefe ziemlich erhebliche Kopfverletzungen erlitten und mußte in das Spital gebracht werden.

## Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Ort	Wasserstand	Reife Weiz.	Ertrag	Wetter										
17. I.	1,50	0,82	1,61	— 2,09	1,60	4,70	2,61	1,49	1,48	2,29	— 0,88	1,15		
18. I.	1,55	0,84	1,9	0,29	2,11	1,84	4,78	2,64	1,55	1,32	5,28	— 0,36	1,24	1,85
Mittel	1,53	0,83	1,92	0,29	2,11	1,84	4,78	2,64	1,55	1,32	5,28	— 0,36	1,24	1,85

\* Witterungsberichte, Kottwitz 3,50; für Breslau (Oder) Oligo-Regierung 8,25.

## Briefkasten.

- D. 2. Märzschke.** Der Reichstag ist am 13. Dezember 1906 aufgelöst worden; die Neuwahl war am 23. Januar 1907.
- E. D. 2.** Von den 600 M., die die Mutter hinterlassen hat, geht nach dem Gesetz ein Viertel dem Vater und drei Viertel haben die Kinder zu fordern. Das Gericht würde den Vater vorzuziehen, das Erbe so zu teilen.
- A. 3.** Nach unserer Ansicht sind Sie zu Unrecht aufgefördert worden, Prüfen bis zum Februar zu verlaufen; das gilt nur für Saisonarbeiter. Bekommen Sie sich beim Landrat. Das gilt auch für Ihren Kollegen.
- Ortag.** Eine solche Bestimmung gibt es im Oberverwaltungsrecht nicht. Wenden Sie sich an den Landwirtschafts-Minister.
- J. 6.** Die „Vertrags“ ist in diesem Falle berechtigt, das Weisheitsgesetz vom Jahre abzugeben.
- F. 5. Bayern.** 1. Die Erfindung kann Ihnen nicht gepfändet werden. 2. 3.
- S. 3. 59.** Der Wirt hat auf alle Mieter Rücksicht zu nehmen und darf deshalb die Fenster des Erdgeschosses einem Mieter zu Liebe nicht aushängen, wenn dadurch alle anderen gequälert werden.
- G. P. Siegmund.** Das Testament können Sie allein abfassen. Es ist nicht nötig, daß es bei der Erberrhebung niedergelegt wird. Sie müssen aber das Testament, wenn es gültig sein soll, von Anfang bis zu Ende selbst schreiben und unterschreiben. Das Testament ist Kemptpflichtig.

## Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.**
- Dienstag, den 17. Januar:** Metzlerarbeiter. Generalversammlung im Saale.
- Mittwoch, den 18. Januar:** Kradfahrer. Versammlung im Zimmer 1.
- Autmacher-Krankenkasse.** Zimmer 2.
- Handlungsgehilfen.** Versammlung im Zimmer 3.
- Regulierungsgehilfen.** Versammlung im Zimmer 5.
- Sozialdemokratischer Verein Breslau.**
- Distrikt 12 (Gärtner Vorstadt).** Sonntag, den 22. Ja. var., Abends 6 Uhr: Familien-Abend im Distriktslokal. Gütlich willkommen.
- Distrikt 14 (Oblauer Tor).** Die Bezirksführer werden ersucht, die Mitglieder durch das in ihren Händen befindliche Merkmal (Wahlzettel) am Mittwoch einzuladen.

## Die Gegenwart.

Heute sehr große Anforderungen an die Arbeiterschaft, welche heute nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Verwaltung und in der Politik eine große Rolle zu spielen hat. Die Arbeiterschaft muß heute mehr als je zuvor die Verantwortung für die Zukunft der Nation übernehmen. Die Arbeiterschaft muß heute die Verantwortung für die Zukunft der Nation übernehmen. Die Arbeiterschaft muß heute die Verantwortung für die Zukunft der Nation übernehmen.

B. Durra, Friedrichstraße 47, ...

Abzahlungsgehilfe ...

Bilz-Sinalco ...

Bäckereien und Konditoreien ...

Baderarbeiten ...

Bandagisten ...

Berufsbildung ...

Bier-Brauereien ...

Brauerei ...

Brot & Gebäck ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Erstklassig und ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Färberei u. Wäscherei ...

Fische u. Delikatessen ...

Fleischereien u. Wurstfabriken ...

Frisuren- und Barbieren ...

Gardinen, Teppiche ...

Garten- und Tischdecken ...

Grammophon, Schallmaschinen ...

Kauf- u. Porzellanhandl. ...

Kleider- u. Bekleidungs- ...

Kolonialwaren ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Byggnads-Ättel, Gummiwaren aller Art ...

Kinderwagen ...

Kaffee, Tee ...

Kleiderstoff, Seidenwaren ...

Kolonialwaren ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Korsetts ...

Den Feiern bei ...

Möbel-Magazine ...

Möbelhäuser ...

Musikinstrumente ...

Optiker ...

Papier- und Schreibwaren ...

Peitzwaren ...

Photographische Ateliers ...

Photographische Bedarfsartikel ...

Restaurateurs ...

Sattler ...

Seifengeschäfte ...

Seifengeschäfte ...

Seifengeschäfte ...

Seifengeschäfte ...

Seifengeschäfte ...

Seifengeschäfte ...

Seifengeschäfte ...

Seifengeschäfte ...

Seifengeschäfte ...

Resthandlungen ...

Putz, Modes ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...



Deutscher Reichstag.

108. Sitzung. Montag, den 16. Januar, 2 Uhr Nachmittags.

Am Bundesratsitz: Wermuth.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung eines Wertzuwachssteuer-Gesetzes.

§ 1 führt allgemein die Zuwachssteuer ein, will jedoch bebauete Objekte von nicht über 20.000 Mark, unbebaute von nicht über 5000 Mark von der Steuer freilassen...

Abg. Graf Westarp (kons.):

Meine Freunde stimmen nicht nur dem Grundgedanken des Entwurfes zu, sondern halten auch die Fassung der Kommission für zweckmäßig. Wir hätten die Zuwachssteuer für einen neuen und fruchtbareren Gedanken für unsere Reichssteuerpolitik.

Es sind folgende Abänderungsanträge eingegangen: Abg. Cuno (Vp.) will im § 1 die Worte „der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist“ streichen...

Reichstagspräsident Wermuth:

Die Entscheidung, die hier fällt, wird nicht nur eine solche über die Reichwertzuwachssteuer sein, sondern über die Wertzuwachssteuer überhaupt, auch über die der Gemeinden. Denn der Widerstand der Haus- und Grundbesitzer richtet sich gegen die Wertzuwachssteuer überhaupt.

Der Reichstag selbst hat die Steuer im Jahre 1909 veranlagt, aber die Vorlage und noch weit mehr die Fassung der Kommission, gehen weit hinter das zurück, was der Reichstag damals gewollt hat.

Abg. Marx (Centr.):

Wir stehen dem Gedanken der Besteuerung des unverbrenten Wertzuwaches freundlich gegenüber, und wir wollen auch ein wirksames Gesetz. Aber der Rechenstift allein darf nicht entscheiden, auch die Billigkeit muß mitwirken...

Es geht nicht an, den Gemeinden innerhalb des Gesetzes einen allzuweiten Spielraum zu gestatten. Wir beantragen, daß sie einen Zuschlag von 100 Prozent, aber nicht darüber hinaus zu dem ihnen überwieferen Anteil von 40 Prozent erheben dürfen.

Reichstagspräsident Wermuth: Ich gestehe, daß es mir annehmlich der zahlreichen, meist aus Abkündigung hinauslaufenden Anträge zweifelhaft wird, ob etwas für unsere Veteranen herauskommt.

Abgeordneter Göhre (Sozialdemokrat):

Ich möchte zunächst eine allgemeine Erklärung im Namen meiner Fraktion abgeben: Wir Sozialdemokraten legen den allergrößten Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes, weil wir in einer solchen Besteuerung des Wertzuwaches den Anfang einer gesetzlichen Expropriation sehen.

Nach unserer Ansicht sollten die Gemeinden einen möglichst großen Spielraum in der Ausgestaltung der Steuer haben, und ihnen sollte auch der größte Teil des Ertrages anheimfallen.

Da nun ein Gesetz, das diesen Ansprüchen entspricht, nicht zu erreichen ist, so ziehen wir uns auf etwas Besseres zurück, auf den vor einem Jahre vorgelegten Regierungsentwurf.

Der Kollege Marx wunderte sich, daß unser Antrag auch die kleinen Leute treffen soll, die nur 2000 Mark Einkommen haben, und die der Kommissionsentwurf frei läßt.

Die wirklich kleinen Leute

bleiben schon nach der Bestimmung des § 20 steuerfrei, wonach Beiträge bis zu 20 Mark nicht erhoben werden.

Daß der erhöhte Umsatzstempel neben der Steuer noch 2 Jahre aufrechterhalten werden soll, beweist deutlich, daß Ihr Triumpfgeschrei über die Erträge der Reichsfinanzreform nur Schein und leerer Wahn ist.

Wir sind Anhänger einer gesunden, alle Schichten der Bevölkerung, vor allem die besitzenden Schichten, auch die besitzenden agrarischen, leit- anwachsenden Wertzuwachssteuer.

Abg. Dr. Weber (natl.):

Der Kollege Göhre möchte die Reichwertzuwachssteuer einerseits zur Unterstützung der Veteranen, andererseits zur Beseitigung der Hundsteuere Steuer benutzen.

Die kleinen Besitzverhältnisse, wie sie von der Kommission beschlössen sind, sollte Herr Göhre dem Mittelstande doch anheim geben.

die Bundesfürsten von der Steuer befreit

sein sollen, ist wirklich nicht einsehbar. Wir begrüßen den Kommissionsbeschluss, der diese Befreiung beseitigt.

Abg. Cuno (fortsch. Vp.):

Den Satz in § 1, der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist, beantragen auch wir zu streichen, weil eine derartige Begriffsbestimmung zu unklar für ein Steuergesetz ist.

Das Haus verlegt die zweite Beratung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung. Montag, den 16. Januar 1911. Formittags 11 Uhr.

Am Präsidenten: Dr. Lunge, v. Dallwitz, v. Trautmannsdorff, v. Scharfetter, Scharfetter.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Wahl des Präsidiums.

Die Wahl des Präsidenten erfolgt durch Stimmzettel. Es werden 306 Stimmen abgegeben, davon 301 für den Abgeordneten v. Frölicher (Bravo! rechts).

Die zweite Lesung des Staatsfortsetzungsgesetzes.

Finanzminister Dr. Lunge: Herr Dr. Friedberg meint, die Einstellung zur Einkommensteuer sei zu optimistisch gefärbt, ich lauge ihn dahin beruhigen, daß die Einstellung nach den bisherigen Ergebnissen angefaßt ist.

Steuersenkungen sind nicht als vorübergehende anzusehen, sondern als dauernde. (Bravo! links.)

Abg. v. Razdzewski (Volk) verliert die Beschwerden des Abg. Friedberg über das Verhalten einer Parteiregierung nur unterschreiben zu können, und bezeichnet es als einen unhaltbaren Zustand, daß der Reichstag in diesen immer noch unbrüchig ist.

Die Schule gehört nicht der Kirche, sondern dem Staat! (Bravo! links.) Die Volksschule leidet nicht, wie Herr Praßma meint, an einem Mangel, sondern an einem Überfluß von Religionsunterricht.

Die Erhöhung der Eisenbahnarbeiterlöhne ist gewiß zu begrüßen, aber viele bleiben noch immer hinter den ortsüblichen zurück.

Die geplante Jugendpflege sollte sich auch auf die weibliche Jugend erstrecken, von jeder konfessionellen Sonderung muß dabei abgesehen werden.

Die Tatsache, daß wir ein konservatives Parteiregiment haben, kann Herr von Dallwitz nicht bestreiten.

Kulturminister von Trost zu Stolz: Von den staatlich angeordneten katholischen Geistlichen wird, wie mir gesagt worden ist, der Modernisteneid nicht verlangt.

Minister des Innern von Dallwitz spricht über die geplante Verwaltungsreform und vertritt auf die Beschwerden des Abg. Wemer gelegentlich der Rede-Interpellation eingegangen.

Auch ich muß meinem höchsten Befremden darüber Ausdruck geben, daß in der Thronrede kein Wort von der preussischen Wahlreform

enthalten ist, von der gleichen Wahlreform, welche in der Thronrede von 1909 als wichtigste Aufgabe der Gegenwart bezeichnet wurde.

Was den Usur-Vorbringen recht ist, sollte den Preußen längst billig sein. Das preussische Volk verlangt nicht nur das geheime und gleiche Wahlrecht, es verlangt vor allem auch eine Neueinteilung der Wahlkreise.

Wenn es das Zentrum nicht schon läre. Aber Sie (zu den Nationalliberalen) sind ja, demnach beschreiben, daß Sie sich schließlich auch zu einer Triade bereifunden werden.

gekümmert, die Jugend der sozialistischen Jugend... (Seite 1/2, 3. Sp.) Sie werden von Volkswirtschafts- und...

gegenüber einer Behauptung der 'Machtlosen' Allgemeinen... (Seite 1/2, 3. Sp.) Die Sozialdemokratie auf...

Arbeiterbewegung. Erfolgreiche Lohnbewegung in der Kautschukindustrie... (Seite 1/2, 3. Sp.) In Eisenberg (S.-A.) sind in der Kautschukindustrie...

### Der Moabitler „Aufruhr“ vor dem Schwurgericht.

Berlin, 16. Januar 1911.

In der heutigen durch den Vorhänger, Landgerichts... (Seite 1/2, 3. Sp.) In der heutigen durch den Vorhänger, Landgerichts...

### Parteiangelegenheiten.

Gewerkschaftsverfall. Durch die Eingangsabgabe der Be... (Seite 1/2, 3. Sp.) Gewerkschaftsverfall. Durch die Eingangsabgabe der Be...

### Aus den Gerichtssälen.

Wenn Studenten Einhunde rufen. Eine Nachfahre aus der Berliner Friedrichstraße, bei... (Seite 1/2, 3. Sp.) Wenn Studenten Einhunde rufen. Eine Nachfahre aus der Berliner Friedrichstraße...

Veränderungen der russischen Markt-Rotations-Kommissionen... (Seite 1/2, 3. Sp.) Veränd. der russ. Markt-Rotations-Kommissionen...

Das billigste Getränk! Reineres Malzkees. Seit 20 Jahren bewährt. = Herzlich empfohlen. = Der Gehalt macht's! (Seite 1/2, 3. Sp.)

Zurückhaltung. (Sehen rechts.) Die Witten wird ja bewilligt werden... (Seite 1/2, 3. Sp.) Zurückhaltung. (Sehen rechts.) Die Witten wird ja bewilligt werden...

Schwarz für die deutsche Kultur. (Sehen rechts.) Der Becker... (Seite 1/2, 3. Sp.) Schwarz für die deutsche Kultur. (Sehen rechts.) Der Becker...

### Verurteilung der Richter.

Wir erleben im Jahr der Zeit und der Arbeit bei Gericht... (Seite 1/2, 3. Sp.) Wir erleben im Jahr der Zeit und der Arbeit bei Gericht...